

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Schwieriger Anlauf zur Friedensforschung

Bundeskanzler Brandt hat am 8. Mai 1970 die Absicht bekanntgegeben, eine „Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung“ zu gründen. Gründungsmitglieder sollen nach Vorstellung der Bundesregierung neben dem Bund und den Ländern auch gesellschaftliche Gruppen und Organisationen — wie die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die jüdische Kultusgemeinde und die beiden christlichen Kirchen — sein. Der Gründungsakt war für den 8. Juni vorgesehen. An der Zusammenkunft hat von katholischer Seite Bischof H. Tenhumberg von Münster teilgenommen. Bischof Tenhumberg ist der Vorsitzende des Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden. Damit ist er der Repräsentant des Gremiums, dem als deutsche Kommission „Justitia et Pax“ die Förderung und Koordination der Entwicklungs- und Friedensarbeit auf katholischer Seite übertragen ist. Durch Sektionen von Fachleuten und eine wissenschaftliche Kommission ist der Arbeitskreis unmittelbar an den Fragen tätig, die auch Arbeitsfeld der „Gesellschaft“ werden sollen. Dem Katholischen Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden gehören das Katholische Büro in Bonn für die Bischofskonferenz, das Zentralkomitee für den Bereich der Laienarbeit, die Werke „Adveniat“ und „Misereor“, ferner der Deutsche Caritasverband und das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung sowie die Pax-Christi-Bewegung an.

Gründungsschwierigkeiten

Beim Treffen vom 8. Juni konnte die Gesellschaft noch nicht ins Leben gerufen werden. Aus dem Kreis der Eingeladenen wurde Kritik an dem bisherigen Vorgehen in dieser Angelegenheit geübt. Den relativ spät zugestellten Einladungsschreiben des Bundeskanzlers war bereits ein fertiger Satzungsentwurf beigelegt worden. Dieser war aber weder allen Beteiligten bekannt, noch war ihnen vor Erstellung des Entwurfs die

Möglichkeit eingeräumt worden, sich über die Grundzüge des Vorhabens abzustimmen. Daher wurde ein weiteres Gespräch für den 22. Juni vorgesehen.

Mit dem Vorhaben wird also das *Modell einer Institution* entwickelt, der staatliche Körperschaften neben gesellschaftlichen Gruppen als Mitglieder angehören sollen, die sich gemeinsam zu einer großzügigen von allen Kräften mitzutragenden Friedensarbeit verpflichtet fühlen. Bisher ist unklar, wie die Art der Ländervertretung dabei geregelt werden soll. Für die nichtstaatlichen Mitgliederorganisationen ergibt sich zudem die Frage, ob ihre Stimmenanteile in dieser Gesellschaft nicht von vornherein in der Minderheit bleiben und daher Beschlüsse der Gesellschaft auch gegen die Auffassungen der nichtstaatlichen Vertreter durchgesetzt werden könnten.

Zielsetzungen

Sodann ist die *Zielsetzung* neu. Als Aufgabenstellung wird die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung genannt. Neben den Forschungsprojekten sollen auch Maßnahmen zur Verbreitung des Friedensgedankens im pädagogischen Bereich und in der Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Es leuchtet ein, daß damit nicht nur Fragen der Forschungspolitik und Forschungsmethodik, sondern auch solche der Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Bildungsarbeit und Fragen der publizistischen Auswertung entschieden werden müssen. Angesichts der bereits in der Öffentlichkeit aufkommenen Diskussionen um konkrete Friedensprobleme und Konflikttherde — wie ČSSR, Nahost, Vietnam/Kambodscha, die Entwicklungspolitik oder die Rüstungspolitik — ist anzunehmen, daß die Pluralität politischer Auffassungen sicherlich auch im Mitgliederkreis durchschlagen wird.

Um so mehr erstaunt es, in welcher Weise der Rechte der Mitglieder einschränkenden Weise der Entscheidungsprozeß dieser „Gesellschaft“ zunächst konzipiert worden ist. Ge-

gen eine solch undemokratische Struktur mußte sich Widerstand rühren. So war vorgesehen, daß neben Mitgliederversammlung und Vorstand ein Kuratorium das eigentlich bestimmende Organ der Gesellschaft werden soll. Wichtige Entscheidungen über die wissenschaftlichen Projekte sollen daneben in einer Kommission bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft fallen, ohne daß diese den Mitgliedern der „Gesellschaft“ überhaupt verantwortlich ist. Die Aufgaben der Mitgliederversammlung beschränken sich darauf, die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen und sieben Persönlichkeiten für das Kuratorium zu wählen. Das bedeutet weniger als ein Drittel von insgesamt 25 Persönlichkeiten, die dieses eigentlich entscheidende Gremium bilden sollen. Weitere fünf Personen soll der Bundespräsident auf Vorschlag der Parteien berufen, ferner auch 13 Wissenschaftler. Diese Wissenschaftler sollen dann ein Konzil bilden. Diesem Konzil ist die Aufgabe zugeordnet, die Nachberufungen für die Wissenschaftler vorzunehmen. Außerdem soll das Konzil dem Kuratorium vier Wissenschaftler für die Kommission bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft vorschlagen und selbst vier weitere Wissenschaftler für die Kommission direkt benennen.

Interessenkonflikte?

Das ist eine Konstruktion, die auf bestimmte Vorstellungen und Befürchtungen der sog. Friedensforscher Rücksicht nimmt. Sie zielt darauf ab, dem Kreis der in der Friedens- und Konfliktforschung engagierten Wissenschaftler eine ausschlaggebende Position bei der Festlegung der Forschungspolitik zu sichern. Um die üblich gewordene Methode beizubehalten, wissenschaftliche Projekte über die Deutsche Forschungsgemeinschaft abwickeln und damit zugleich auch ihre wissenschaftliche Seriosität bestätigen zu lassen, ist die Kommission bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft vorgesehen worden. Doch sorgt das Verhältnis von acht vom Kuratorium bzw. vom

Konzipienten zu stellenden Mitgliedern zu vier von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu benennenden Mitgliedern dafür, daß auch hier dem Kreis der Friedensforscher die überwiegende Mehrheit zukommt.

Es wird sicherlich noch einige Diskussionen geben, ehe die endgültige Satzung geschaffen ist und die „Gesellschaft“ die Arbeit aufnehmen kann. Dabei müssen die Aufgaben der „Gesellschaft“ und ihre Rechtsform — Stiftung oder eingetragener Verein — noch näher präzisiert werden. Die Mitglieder der „Gesellschaft“ werden es sich sicher nicht nehmen lassen, auch bei der Festlegung der Schwerpunkte der Forschungsbereiche und bei der Bildung der Organe der Gesellschaft stärker beteiligt zu sein. Mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft wird abzustimmen sein, ob neue Formen der wissenschaftlichen Förderung — etwa die Finanzierung wissenschaftlicher Projekte auch außerhalb der Universitätsinstitute — eingeführt werden.

Politisch-wissenschaftliches Neuland

Zum Verständnis dieser etwas seltsam anmutenden Vorgänge ist auf einen Kristallisationspunkt der in Richtung Friedensarbeit drängenden Wissenschaftler hinzuweisen: die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. Durch ihren Vorsitzenden, Prof. *Karl Kaiser*, Saarbrücken, hat sie in letzter Zeit mehrfach darauf hingewiesen, wie dringend eine verstärkte Forschung auf diesem Gebiete sei. Es werde wissenschaftlich damit teilweise Neuland betreten. Ohne eine interdisziplinäre Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg würden nach Meinung der Arbeitsgemeinschaft fruchtbare Ergebnisse nicht zu erzielen sein. So steht auf der einen Seite der Wunsch der Wissenschaftler, in diesem das politische Interesse so ansprechenden Arbeitsgebiet Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung gegenüber Einflüssen staatlicher Kräfte und gesellschaftlicher Gruppierungen wahren zu können. Zugleich soll damit auch sichergestellt werden, daß alle wissenschaftlichen Fachrichtungen und Schulen ausgewogen an der Förderung beteiligt werden. Auf der anderen Seite kommt eine gewisse Besorgnis zum Ausdruck, ob die bisher in der Wissenschaftsförderung übliche Praxis,

alle Vorhaben allein durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft prüfen und abwickeln zu lassen, dem Anliegen dieses neuen Forschungsbereiches dienlich sein könnte. In diesem Zusammenhang wird auf den oft noch experimentellen Status, auf die wissenschaftlich nicht unumstrittenen Methoden und auf die stark ideologisch gefärbten Richtungen dieses Forschungsbereiches verwiesen.

Unklarheiten am Objekt

Einen bezeichnenden Einblick in die Schwierigkeiten, denen die wissenschaftliche Bemühung um die Erhellung der Zusammenhänge von Aggression, Bedrohung, Konfliktausgleich und Friedenssicherung gegenübersteht, bot das am 30./31. Mai im Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München von der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung durchgeführte wissenschaftliche Kolloquium.

Zur Eröffnung sah sich der erste Vorsitzende Prof. *Kaiser* veranlaßt, darauf hinzuweisen, nicht mit dem Methodenstreit um die beste Friedensforschung zu beginnen, sondern durch gezielte Forschungsarbeit im weiten Feld der Probleme erst einmal Ergebnisse zur Diskussion zu stellen. Um einer Begriffsdiskussion, was Frieden bedeutet, zunächst auszuweichen, war als Thema gewählt worden: „Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik“.

C. F. von Weizsäcker stellte von vornherein klar, es sei unsinnig, im Bekenntnis zu einem bestimmten politischen System die Garantie für den Weltfrieden zu sehen. Er wies vielmehr hin auf psychische Wurzeln von Bedrohungszusammenhängen und damit auf Probleme der Verhaltensforschung einerseits und auf die Bedeutung des formalen Rechts andererseits, das — im Gegensatz zu Gedankenengängen vom unwandelbaren Naturrecht — eine Ordnung unter Menschen ermöglicht habe, ohne den Wahrheitsanspruch zu entscheiden. Letztlich gebe es keine andere Lösung, den Zusammenhang von Aggression und Gegenaggression, der das Friedensproblem auf allen Ebenen durchziehe, zu durchbrechen, als durch die, den anderen zu lieben. Da Prof. *A. Mitscherlich* wegen Krankheit verhindert war, fehlte hierzu die kritische Stellungnahme, die Mitscherlich anläßlich der Verleihung

des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im vergangenen Jahr vorgetragen hat.

Einen anderen Ansatz brachten die Politikwissenschaftler Prof. *W. Deutsch* (Harvard-Universität) und Prof. *D. Senghaas* (Frankfurt). Ihre Untersuchungen bezogen sich auf die Abschreckungspolitik. Da die technischen Prozesse uns in die Lage versetzen, einen letzten Schwellenwert zu überschreiten, sei die seit 6000 Jahren geübte Methode, mittels Abschreckung und Erpressung anderer Völker Politik zu machen, an eine Grenze angelangt. Die Drohungspolitik habe die ihr gesetzten Ziele nicht erreichen können und würde sie in Zukunft immer weniger erreichen. Sie sei in Wirklichkeit eine Ausflucht vor einer nüchternen Wahrnehmung der Wirklichkeit. Eine äußerst tiefgreifende Änderung der Vorstellungskomplexe sei erforderlich. Faktisch müßten Denkweisen der gesamten bisherigen menschlichen Geschichte radikal umgebaut werden. Mit sehr konkreten Hinweisen versuchte *Deutsch* einige Aufgaben aufzuzeigen, auf die die heute für militärpolitische Zwecke tätigen Produktivkräfte hingelenkt werden sollten und wodurch zugleich die eigentlichen Ursachen der Abschreckungspolitik — ungelöste Sozial-situationen — abgebaut werden könnten.

Von Utopisten bedroht

Die Diskussionen zeigten, wie stark linksgerichtete Gruppen sich dieses Wissenschaftsbereichs annehmen und die Arbeit politisieren wollen. Sehr engagierte Stellungnahmen gegen das Referat des Botschafters *Schnippenkötter* (Genf), der zum Thema „Gewaltdrohung und Gewaltverbot als Problem der internationalen Politik“ gesprochen hatte, machten auch einige Illusionen deutlich. So dringend erforderlich eine kritische Überprüfung eingefahrener Reaktionsweisen und außenpolitischer Praktiken auch ist, der steinige Weg diplomatischen Bemühens um vertragliche Sicherungen läßt sich nicht durch Anwendung pseudowissenschaftlicher Patentrezepte ersetzen. Die Friedensforschung selbst ist von Utopisten und Demagogen bedroht, wenn sie nicht ein eigenes kritisches Bewußtsein pflegt und an ihrer Arbeit strenge wissenschaftliche Maßstäbe anlegt.